

Die Schweizer Banken auf der Anklagebank NZZ 13.08.2018

Am 12. August 1998 wird der Streit um die Holocaust-Gelder mit einem Vergleich beigelegt

Senator Alfonse D'Amato (rechts) und Botschafter Thomas Borer (2. v. l.) vor Anhörungen am 15. Mai 1997 in Washington.

Auf internationalen Druck hin muss sich die Eidgenossenschaft Mitte der 1990er Jahre mit den Schatten des Zweiten Weltkriegs auseinandersetzen. Sie agiert widerwillig und unterschätzt die Brisanz des Themas.

Felix E. Müller

Am 22. Juni 1995 erscheint auf der Frontseite des «Wall Street Journal» ein Artikel, der an der Zürcher Bahnhofstrasse sofort für Aufsehen sorgt. Darin wird geschildert, wie sich die Nachfahren des im KZ Dachau ermordeten Moses Blum vergeblich darum bemüht hätten, in den Besitz von Vermögenswerten zu gelangen, die dieser 1938 bei der Bank Bär deponiert habe. Die Information ist, wie sich später herausstellt, falsch; Blum besass nie ein Konto bei der Privatbank. Aber der Beitrag löst ein Beben aus, weil er behauptet, es handle sich nicht um einen Einzelfall, sondern um ein systematisches Fehlverhalten des Finanzplatzes im Umgang mit nachrichtenlosen Vermögen.

Der Artikel markiert den vorläufigen Höhepunkt einer Medienberichterstattung, die vor Monaten vor allem im Ausland eingesetzt hat und zunehmend an Intensität gewinnt. Deren Grundtenor lautet: Die Schweizer Banken würden aus nacktem Gewinnstreben den Nachfahren von Holocaust-Opfern die ihnen zustehenden Vermögenswerte nicht aushändigen. Zudem habe die Schweiz in bisher unbekanntem Ausmass Geschäfte mit Nazideutschland getätigt und aus der Verfolgung der Juden durch Hitler Profit geschlagen, etwa dank dem Handel mit Raubkunst oder Opfergold.

Kleinlich und hartherzig

Jetzt dämmert es der Schweiz, wie entschlossen der Jüdische Weltkongress (WJC) unter dessen Präsident Edgar Bronfman ist, die nachrichtenlosen Vermögen zu einem grossen internationalen Thema zu machen und von der Schweiz deren Auszahlung sowie zusätzliche finanzielle Kompensationen zu verlangen. Der Bundesrat beginnt sich ernsthaft mit dem Problem zu beschäftigen. Die Schweizerische Bankiervereinigung beschliesst wiederum, das Gespräch mit dem WJC zu suchen. Am 14. September 1995 kommt es zu einem Treffen in der Grande Société zu Bern. Der Multimilliardär Bronfman kommt mit seiner kleinen Entourage angereist, die Delegation der Bankiervereinigung wird von deren Präsident, dem Basler Privatbanquier Georg Kray, geleitet; auch Bundesrat Kaspar Villiger hat kurzfristig seine Teilnahme zugesagt. Dann lässt man angeblich die Besucher aus Übersee in einem Vorraum ohne Sitzgelegenheiten lange warten, danach hält Kray eine überlange Begrüssungsansprache, in der er den Besuchern erklärt, wie man in der Schweiz mit solchen Problemen umgeht, also anders als Bronfman. Schliesslich stellen die Schweizer weitere Gespräche in Aussicht.

Zu spät realisieren sie: Israel Singer, Vorsitzender des WJC, hat die Weltpresse aufgeboten, die vor der Grande Société wartet und dann die Nachricht rasant verbreitet, dass die Schweizer Banken unverdrossen auf dem hohen Ross sässen. Bronfman reist übel gelaunt ab, entschlossen, die Hochmütigen in die Knie zu zwingen. **Nun setzt eine internationale Medienkampagne ein, der die Schweiz hilflos ausgeliefert ist, vor allem als der SBG-Wachmann Christoph Meili publik macht, die Bank würde relevante Akten aus ihrem Archiv vernichten. Denn angesichts der emotional ergreifenden Lebensgeschichte von Holocaust-Überlebenden auf der Suche nach ihrem rechtmässigen Erbe wirken die sachlich oft zutreffenden juristischen Argumentationen der Banken kleinlich und hartherzig.**

Da Bronfman über beste Beziehungen zum damaligen Präsidenten der USA verfügt, ist es ihm ein Leichtes, auch das Weisse Haus für sein Anliegen zu gewinnen. Bill Clinton setzt mit Stuart Eizenstat, stellvertretendem Staatssekretär im Finanzministerium, einen Verantwortlichen für Restitutionsfragen ein, der sich intensiv mit dem Fall Schweiz beschäftigt. Der New Yorker Senator Alfonse D'Amato entdeckt das Thema als ideales Instrument, um Sympathien in der jüdischen Wählerschaft zu gewinnen. In einer Serie publikumswirksamer Hearings profiliert er sich auf Kosten der «Gnomen» von Zürich. Und die gefürchteten Spezialisten für Sammelklagen wittern hier einen Fall mit grossem Potenzial. Der bekannteste unter ihnen heisst Ed Fagan, der als juristischer Marktschreier durchs Land zieht und sich ebenfalls ein Stück vom Entschädigungskuchen abzuschneiden erhofft. Später nimmt er ein trübes Ende, weil sich herausstellt, dass er betagte Holocaust-Überlebende betrogen hat.

Die Suche nach den Konten

In der Schweiz zeigt mit Ausnahme von Finanzminister Kaspar Villiger kein Bundesrat grosse Neigung, sich mit dieser Kontroverse zu befassen. Doch der Druck nimmt zu und zwingt die Landesregierung zum Handeln. Es ist Aussenminister Flavio Cotti, der in den sauren Apfel beissen muss. Er bildet die sogenannte Task-Force nachrichtenlose Vermögen und ernennt als deren Leiter den jungen Diplomaten Thomas Borer. Die Bankiervereinigung wiederum kann den ehemaligen Chef der US-Zentralbank, Paul Volcker, dafür gewinnen, das Präsidium einer Kommission zu übernehmen, die bei allen Schweizer Banken eine umfassende Suche nach nachrichtenlosen Konten unternimmt. Drei Jahre dauert diese Arbeit, gut vier Millionen Konten werden durchleuchtet, von denen am Ende fast 54000 einen Bezug zur Thematik Holocaust haben. Der Bundesrat kommt schliesslich zur Überzeugung, es sei das Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs umfassend zu untersuchen. Zu diesem Zweck setzt er eine unabhängige Expertenkommission unter Leitung des Historikers Jean-François Bergier ein.

Doch diese Mühlen mahlen langsam, viel zu langsam für den WJC. Zudem erreichen die Sammelklagen in den USA langsam die Gerichte. Da es Bundesrat Flavio Cotti unter allen Umständen vermeiden will, dass die schweizerische Regierung in die Beilegung der Kontroverse involviert wird, arbeiten schliesslich die Grossbanken von sich aus an einer Lösung. Sie schliessen dabei den Chef der Task-Force, Thomas Borer, vorsätzlich aus, hat sich doch das Verhältnis zu ihm merklich abgekühlt. Vor allem der Präsident der Credit Suisse, Rainer E. Gut, treibt die Sache voran. Am 12. August 1998 treffen sich die Parteien in einem Restaurant in Manhattan und handeln einen Vergleich aus. Darin verpflichten sich die Schweizer Banken zu einer Zahlung von 1,25 Milliarden Dollar zugunsten von Holocaust-Überlebenden und deren Nachkommen.

Für die Verteilung der Gelder wird ein Gremium unter Leitung des US-Bundesrichters Edward Korman eingesetzt. Dieses schliesst seine Arbeit erst Ende 2012 ab.

Verweigerte Erinnerung

Im Rückblick zeigt sich, dass man die Kontroverse um die nachrichtenlosen Vermögen ohne zwei fundamentale globale Entwicklungen in den 1990er Jahren nicht verstehen kann. Die Schweiz hätte nach Ansicht des Historikers Thomas Maissen längst wissen müssen, dass ihr Umgang mit den Holocaust-Vermögen früher oder später zu Schwierigkeiten führen würde, zog es aber vor, das Problem zu verdrängen. Doch mit dem Ende des Kalten Kriegs erhält die Frage der Restitution jüdischer Vermögenswerte eine neue Dringlichkeit, weil sich erstmals auch Juden in Osteuropa gegen erlittenes Unrecht wehren können. Gleichzeitig wird innerhalb des Judentums gerade in dieser Zeit die Erinnerung an den Holocaust als eines Kristallisationspunkts jüdischer Identität sehr gefördert, nimmt doch die Zahl derjenigen, die diesen unfasslichen Massenmord erlebt und überlebt haben, rasch ab.

Die Schweiz sieht diese Entwicklungen aber nicht. Umso stärker wird sie deswegen durch die ziemlich heftige, aber effiziente Kampagne des WJC aus ihrem Nischendasein zwischen den Blöcken aufgeschreckt, in dem sie sich im Kalten Krieg bequem eingerichtet hat. Sie macht erstmals nach dem Mauerfall die Erfahrung, wie es sich anfühlt, wenn eine Grossmacht mit zuweilen rüden Methoden ihre Interessen durchsetzt. Der Zorn ist umso grösser, als viele Schweizer das Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs nach wie vor als vorbildlich ansehen. Dass dieses Selbstbild aus dem Ausland infrage gestellt wird, ja, dass gar eine Revision des Geschichtsbilds verlangt wird, empört vor allem die Vertreter der Aktivdienstgeneration. Die innenpolitische Polarisierung, die eine Konsequenz dieser Kontroverse ist, macht sich die SVP zunutze. Sie inszeniert sich als Verteidigerin der Schweiz und schärft so ihr nationalkonservatives Image, das zum Fundament ihres Aufstiegs wird.